

Journal

@ Tierney – stock.adobe.com

Präventionsgesetz soll weiterentwickelt werden

Das Bundesministerium für Gesundheit arbeitet an einer Weiterentwicklung des Präventionsgesetzes und will Anfang des kommenden Jahres einen ersten Gesetzesentwurf vorlegen. Das kündigte Christiane Schenderlein (CDU), parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, bei einem parlamentarischen Abend in Berlin an.

Als Ziel gab die Staatssekretärin aus, das große Potenzial der Prävention besser auszuschöpfen, um die Gesundheitsausgaben in den Griff zu bekommen, die knapper werdenden Ressourcen im System effizienter zu nutzen – und vor allem, um vielen Menschen Leid zu ersparen sowie ihre Chancen auf ein langes, gesundes Leben zu verbessern. Das Ministerium hat in diesem Sommer bereits eine sogenannte Präventionsoffensive gestartet.

tas/Quelle: Deutsches Ärzteblatt

Politische Entscheidungen sorgen für Frust

Die Stimmung in der Ärzteschaft hat sich im dritten Quartal 2026 deutlich verschlechtert. Das geht aus dem aktuellen Stimmungsbarometer der Stiftung Gesundheit hervor. Grund für die schlechte Stimmung ist vor allem die pessimistische Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung im kommenden Halbjahr. Daneben sorgen politische Entscheidungen und gesetzliche Regelungen für Frust.

Mit einem Stimmungswert von –48,5 lag die Stimmung im dritten Quartal über 20 Punkte unter dem im Frühjahr erhobenen Wert. Damit erreicht sie laut der Stiftung Gesundheit den mit Abstand niedrigsten Stand seit Beginn der Erhebung vor mehr als 20 Jahren. Der bisherige Tiefpunkt lag bei –38,7. Am stärksten brach laut der Erhebung die Stimmung bei den Psychologischen Psychotherapeuten ein: Sie fiel um 33,6 Punkte und liegt nun bei einem Wert von –48,3. Um jeweils mehr als 25 Punkte sank die Stimmung der Fachärzte (–25,7 Punkte) und der Hausärzte (–25,2 Punkte). Mit einem Stimmungswert von –55,6 liegen die Hausärzte derzeit auf dem letzten Platz, die Fachärzte mit –51,5 auf dem vorletzten.

Bei den Zahnärzten fiel der Stimmungsrückgang vergleichsweise moderat aus. Mit einem Minus von 8,9 Punkten und einem Stimmungswert von –36,4 sind sie die derzeit am wenigsten pessimistisch gestimmte Gruppe.

tas/Quelle: Stiftung Gesundheit

ePA wird weiterhin kaum genutzt

Nach Angaben der Gematik nutzen derzeit nur 5,85 Millionen Versicherte aktiv ihre elektronische Patientenakte (ePA), gemessen an der Zahl registrierter Gesundheits-IDs. Das sind rund acht Prozent der rund 73 Millionen Versicherten, für die die Krankenkassen eine ePA angelegt haben. Trotzdem wollen neun von zehn Befragten des BfDI-Datenbarometers ihre elektronische Patientenakte behalten.

Die Behörde des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) befragt regelmäßig und repräsentativ die Bevölkerung zu aktuellen Themen des Datenschutzes sowie der Digitalisierung und veröffentlicht die Ergebnisse im BfDI-Datenbarometer. In der Erhebung zur ePA kommt deutlich der Wunsch nach Kontrolle über die eigenen Gesundheitsdaten zum Ausdruck. 83 Prozent der Befragten wünschen sich, fein differenziert festlegen zu können, wer welche Daten einsehen darf. Gleichzeitig wären mehr als zwei Drittel bereit, ihre Daten Ärztinnen und Ärzten sowie der Forschung zur Verfügung zu stellen. Differenzierte Einstellungsmöglichkeiten zur Datenfreigabe und eine umfassende Datennutzung widersprechen sich demnach nicht.

Verbesserungsbedarf gibt es offenbar auch bei der Information: 95 Prozent kennen die ePA namentlich, doch mehr als vier von zehn Befragten wissen über zentrale Eigenschaften und Funktionen nicht genau Bescheid. Der BfDI empfiehlt deshalb der Bundesregierung, diese Wissenslücken zügig aktiv zu schließen und die Möglichkeiten zur selbstbestimmten Steuerung von Datenfreigaben nutzerfreundlich auszugestalten.

tas/Quelle: BfDI